

P R O T O K O L L  
zur Sitzung des Landesschulbeirates vom 05. September 2018

Ort: Berliner Rotes Rathaus  
Beginn: 17:30 Uhr  
Ende: 20:30 Uhr  
Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

---

TOP 1:

Begrüßung, Feststellung der Tagesordnung/Aktuelles

Frau Vogt-Schwarze begrüßt alle Mitglieder, Frau von Bernuth und Herrn Duveneck. Frau Scheeres verspätet sich etwas.

Aufgrund dieser Verspätung werden Tagesordnungspunkte vorgezogen. Der Punkt 6 entfällt heute und wird verschoben. Das Gremium wünscht diesen in der nächsten Sitzung zu behandeln und stattdessen die Einladung von Frau Gomes auf das kommende Jahr zu verschieben.

TOP 3:

Anfragen des LSB an die Senatsschulverwaltung gem. Nr. 4 Abs. 4 GO LSB

Die Antworten zu den Anfragen 41-18 bis 45-18 liegen als *Anlage 1* bei.

TOP 9:

Verschiedenes

Herr Heckel berichtet aus dem Landesbeirat Schulbau. Schwerpunkt ist derzeit die Partizipation. Hierzu ist die Gründung einer AG geplant.

Herr Tetzner hat eine Erklärung vorbereitet und stellt diese vor. Den Mitgliedern geht diese Erklärung noch als Mail zu und ist als *Anlage 2* beigefügt.

Der TOP wird unterbrochen, da Frau Scheeres eingetroffen ist.

TOP 2:

Start in das neue Schuljahr Rückblick und Ausblick

Senatorin Frau Sandra Scheeres

Frau Scheeres begrüßt die anwesenden Mitglieder und stellt kurz die Schwerpunkte ihrer Ausführungen vor.

Am heutigen Tag fand ein Treffen im Bundeskanzleramt mit der Bundeskanzlerin und je 25 Lehrern und Schulleitungen aus Berlin und Hessen statt. Diese haben sich zu unterschiedlichsten Themen ausgetauscht.

Zur Schülerprognose:

Derzeit befinden sich 446.000 Schülerinnen und Schüler im Schulsystem. 33.900 Erstklässler wurden eingeschult. Im Schulsystem befinden sich derzeit 33.960 Lehrkräfte. 900 Lehrkräfte sind neu im System.

Zur Einstellungssituation:

Zum Sommer wurden 2.400 Lehrkräfte benötigt. Der Berlin Tag wird wieder im September stattfinden. Ausgeweitet wird er auch auf den Bereich der Erzieherinnen und Erzieher und Jugendämter der Bezirke. 2.700 Lehrkräfte wurden eingestellt. Es wird weiter eingestellt und darauf hingearbeitet, dass die Unter- und Überausstattung ausgeglichen wird. An den Brennpunkten soll keine Stelle unbesetzt bleiben.

Der Bedarf an Lehrkräften setzt sich aus folgenden Zahlen zusammen:

- 1.240 Lehrkräfte wurden an Grundschulen eingestellt,
- 294 an Gymnasien und Kollegs
- 728 an ISS
- 111 an Förderzentren und
- 184 an Beruflichen Schulen.

Die 2.700 eingestellten Lehrkräfte teilen sich folgendermaßen auf:

- 1.004 Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber
- 738 Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger
- 915 Lehrerinnen und Lehrer ohne volle Lehrbefähigung (LovL's)

Insgesamt lagen 3.200 Bewerbungen vor, davon 2.200 Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger. 300 Lehrkräfte bleiben nach der Pensionierung noch für eine Zeit im Schulsystem. 150 Studierende konnten für Tätigkeiten im System gewonnen werden. Für LovL's werden Qualifizierungsangebote erarbeitet.

Dem Wunsch von Schulleitungen wurde entsprochen und die Möglichkeit geschaffen, eine unbesetzte Stelle mit Fachkräften bzw. Sozialpädagogen zu besetzen.

Für den Ganzttag wurden 500 Erzieherinnen und Erzieher benötigt und auch eingestellt.

Die Ausbildungskapazitäten für Lehrkräfte wurden in 3 Stufen ausgebaut. Neben den neu verhandelten Verträgen mit den Hochschulen wurde mehr Geld in das System gegeben. Die Absolventenzahlen wurden verdoppelt. Wobei hier klar vorgegeben wurde, welche Anzahl von Absolventen in welchen Bereichen ausgebildet werden sollen. Hier besteht weiterhin Gesprächsbedarf mit den Hochschulen.

Frau Scheeres dankt allen Beteiligten am sehr komplexen Einstellungsprozess.

Frau Scheeres beantwortet Fragen der Mitglieder:

- zum Doppelhaushalt 2018/2019 erfolgt ein gestufter Einstieg zur Besetzung der Verwaltungsleiterstellen. Zielsetzung ist, dass alle Schulleitungen Verwaltungsleiterstellen bekommen sollen. Schulen die derzeit noch nicht bedacht werden, können diese Stelle vorübergehend gegen eine Lehrerstelle tauschen.
- Studienabgänger bleiben nicht alle in Berlin. Dies kann natürlich nicht verhindert werden, aber es wird weiter dran gearbeitet, so viel wie möglich Studienabgänger in Berlin zu halten.
- Pensionäre bleiben sehr individuell weiterhin im System. Es gibt hier sehr unterschiedliche Zeitmodell und Laufängen der Verträge.
- Entlastungsstunden für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger wurden geschaffen. Auch die Möglichkeiten für die Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger eine Stunde zu kürzen.
- Zu bundesweiten Kampagnen beim Fachkräftemangel im Lehrkräfte- und Erzieherberuf gibt es sehr unterschiedliche Sichtweisen in der Kultusministerkonferenz. Derzeit ist eine solche Kampagne nicht durchführbar.
- Es wurden Broschüren zur Bewerbung des Lehrerberufs erarbeitet
- LovL's sind schon eine Weile im System. Es standen ihnen schon immer Qualifizierungsmöglichkeiten zur Verfügung. Weiterentwicklungsangebote werden derzeit erarbeitet.
- Ressourcen zur Steuerung der Sprachförderung werden vielfach nicht genutzt. Hier wird genau geprüft, warum dies so ist und wie gegengesteuert werden kann.
- Die Möglichkeit des Quereinstiegs orientiert sich an den Mängelfächern. Das Verfahren hat sich hierbei nicht geändert. Die Mängelfächer wurden erweitert, auch auf Wunsch der Schulen.

- Für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen wird eine bessere Bezahlung angestrebt. Leider gibt es hier unterschiedliche Standpunkte in der Tarifgemeinschaft, aber das Land Berlin wird weiterhin dafür eintreten.
- Für die neu gebauten Schulen sind mehr pädagogische Flächen geplant. Keine räumliche Trennung von Lehrkräften und Sozialpädagogen mehr. Es wird an allen Schulen Lernwerkstätten geben.
- Voraussetzung für den Quereinstieg sollte immer ein Studium sein, keine duale Ausbildung.
- Zum Thema E und A 13 gab es umfangreiche Informationen an Schulleitungen und Lehrkräfte über Infobriefe, Newsletter und auch Medien. Hierzu sollten eigentlich alle zur Genüge informiert worden sein. Wenn es im Einzelfall noch Klärungsbedarf oder Nachfragen gibt, dann können diese aber an die Senatsverwaltung herangetragen werden.
- Sollte es einzelne Personen geben, die noch keinen Praxissemesterplatz haben, dann gerne eine Mail an den LSB zur Weitergabe an Herrn Duveneck.

Frau Vogt-Schwarze dankt den Mitgliedern und der Senatorin für die konstruktive Diskussionsrunde.

#### TOP 4:

#### Sechste VO zur Änderung der VO über die Aufnahme in Schulen besonderer pädagogischen Prägung (AufnahmeVO-SbP)

Referent: Herr Gernoth Schmidt (SenBJF)

Herr Schmidt stellt die Synopse vor und erläutert den Inhalt. Es schließt sich eine kurze Runde mit Nachfragen und Äußerungen der Mitglieder an.

Der Vorstand wird gebeten, sich die Rahmenvorgaben näher anzusehen und nicht nur in den Umlauf zu geben. Frau Vogt-Schwarze weist darauf hin, dass Vorgänge aus den Umlaufmappen jederzeit kopiert werden und an die Mitglieder versandt werden können. Hierzu bitte eine kurze Mail an die Geschäftsstelle senden. Die Rahmenvorgaben als TOP in einer kommenden Sitzung zu behandeln wird in diesem Jahr nicht mehr möglich sein.

In einer Abstimmung wird dieser VO eine mehrheitliche Zustimmung ausgesprochen. Anmerkungen und Stellungnahmen für Herrn Schmidt können die Mitglieder an die Geschäftsstelle senden.

#### TOP 5:

#### Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

#### TOP 7:

#### Berichte der Schülerinnen und Schüler

Herr Böhnke berichtet aus der gestrigen Sitzung des LSA. Eileen Hager wurde zur neuen Vorsitzenden nachgewählt.

#### TOP 8:

#### Protokolle

Die Protokolle April und Mai werden angenommen.

TOP 9:

Verschiedenes

Der Tagesordnungspunkt wird weitergeführt.

Es gibt den Ratschlag an die Schulen, dass dort ein Bauausschuss gewählt werden sollte.

Dessen Ergebnisse sollen in die Planungen von SenBau einfließen.

Es gibt immer wieder Verordnungen rückwirkend in Kraft gesetzt werden. Der LSB soll darauf hinwirken, dass dies nicht passiert. Eventuell über eine Beschlussfassung.

Frau von Bernuth nimmt dazu kurz Stellung. Vorschriften oder Verordnungen die zu Lasten von Schülerinnen und Schülern gehen, werden nicht rückwirkend in Kraft gesetzt. Es muss hier immer betrachtet werden, ob eine rückwirkende Inkraftsetzung nicht auch zu Gunsten der Schülerinnen und Schüler möglich ist.

Isabella Vogt-Schwarze  
(Vorsitzende)

Andrea Schreiber  
(Protokollantin)